

Achtung: Ansteckend

Abgeordnete, die gegen den Euro-Rettungsschirm sind, werden in ihren Fraktionen isoliert

Von Christiane Hoffmann

Sylvia Canel trinkt ihren zweiten Becher Kaffee, aber ihre Augen sehen immer noch müde aus. Während der Sitzungswochen des Bundestages müssen fünf Stunden Schlaf pro Nacht reichen – der Rest ist Abgeordnetenarbeit. Bevor sie in die Politik ging, war Sylvia Canel Gymnasiallehrerin. Erst vor neun Jahren – mit Mitte 40 – trat sie der FDP bei, um in Hamburg ehrenamtlich Bildungspolitik zu machen. Keine klassische Parteikarriere also. Vielleicht sieht sie deshalb manches anders als die Kollegen, die schon mit 16 bei den Julis waren. Unabhängiger. Vor drei Wochen sagte Frau Canel in einem Interview, sie finde den Gedanken, dass die FDP die Koalitionsregierung notfalls auch verlassen könnte, „persönlich sehr sympathisch“. Sie war selbst überrascht über die Wirkung dieses Satzes. Sie schlägt die Beine noch ein wenig fester übereinander. „Aber wer ehrlich fragt, kriegt eine ehrliche Antwort.“

Jetzt ist Sylvia Canel wieder dabei, eine ehrliche Antwort zu geben. Am vergangenen Montag hob sie in der FDP-Fraktionssitzung ihre Hand gegen den Gesetzentwurf zur Erweiterung des Euro-Rettungsschirms (EFSF). Außer ihr wagte das nur Frank Schäffler, der im Bundestag gegen alle Rettungsschirme und Griechenland-Hilfen stimmte. Frau Canel hat bisher immer zugestimmt. Der Druck war groß, das Vokabular apokalyptisch: Griechenland am Abgrund, Europa scheidet. Irgendwann glaubte Sylvia Canel das nicht mehr. Sie begann, sich selbst zu informieren, las Fachzeitschriften, organisierte Veranstaltungen mit Experten in ihrem Wahlkreis. „Die Kanzlerin und der Finanzminister“, sagt sie, „schließen Bürger und Abgeordnete vom Prozess der

Meinungsbildung aus.“

Die Fachleute sagten ihr Unterschiedliches zur EFSF. In einem waren sich alle einig: Keiner weiß, was kommt. Sie verstand, dass sie selbst Stellung beziehen musste: Sie wird nicht mehr weiterretten. Weil sie keine Einrichtung will, die eine Schuldenunion zementiert. Weil der Rettungsschirm Anreize zum Schuldenmachen setzt. Sylvia Canel sieht das mit den Augen der Pädagogin: Wenn man Jugendlichen einen Überziehungskredit gibt, darf man sich nicht wundern, dass sie ständig mehr Geld abheben, als sie haben. Aus dem Mund der ehemaligen Lehrerin klingt das finanzpolitische Fachvokabular unvertraut. Manchmal greift sie zu Papier und Stift, um sich und anderen etwas zu erklären – wie die Lehrerin an der Tafel. Deshalb ist es leicht, sie zu belächeln. Sie sieht gut aus, hat eine blonde Mähne und einen kurzen Rock. In der Partei gibt es einige, die sie nicht ernst nehmen.

Frank Schäfflers Argumente werden nicht belächelt. Über den Finanzexperten heißt es aber, er sei isoliert. Seit dem Frühjahr ist Schäffler nicht mehr in die Entscheidungsstrukturen der Fraktion eingebunden. Aber Schäffler ist sicher, dass viele in der Partei so denken wie er. Das will er der Parteiführung zeigen: mit einem Mitgliederentscheid. Am Freitag setzte er den einigermaßen erstaunten Generalsekretär Christian Lindner über das Vorhaben in Kenntnis. Noch bevor der Bundestag im Dezember über den dauerhaften Rettungsschirm (ESM) abstimmt, will Schäffler die Mitglieder befragen und so die Zustimmung der FDP verhindern. Die Parteiführung zeigt sich gelassen, aber der Vorstoß könnte zum Sprengstoff für die Koalition werden.

Schon bei der Abstimmung am Montag wurden für die Fraktionsführungen von FDP und Union die schlimmsten Befürchtungen wahr: 25 Abgeordnete der Koalition hoben gegen die Erweiterung der EFSF ihre Hand oder enthielten sich der Stimme. Das sind sechs zu viel, wenn Angela Merkel bei der Abstimmung im Bundestag am 29. September die „Kanzlermehrheit“ erreichen will. Die Nervosität war schon vor den Sitzungen groß. Es wurde getuschelt und abgeklopft: Wie wirst du stimmen? Die Fraktionschefs wollten die Abstimmung am liebsten vermeiden. Und in der FDP herrschte noch Tage später Unklarheit, wofür man denn nun abgestimmt hatte. Über den Gesetzentwurf oder nur darüber, ob er in dieser Form eingebracht werden sollte?

„Nur um Verfahrensfragen“, sagt der Forschungspolitiker Martin Neumann. Sonst hätte er nämlich mit Nein gestimmt. Dem Ingenieur und Professor einer Technischen Hochschule wird ganz mulmig, wenn er daran denkt, dass er über 211 000 Millionen Euro abstimmen muss. Sein Landkreis in Brandenburg hat 50 Millionen Euro Schulden. Das gebe, sagt er, wenn man 100-Euro-Scheine stapelt, einen 50 Meter hohen Turm. „Stellen Sie sich mal vor“, sagt Neumann, „wie hoch sich 211 Milliarden stapeln.“

Nicht nur Frank Schäffler war schon immer gegen die Rettungsbeschlüsse. In der Union gilt dasselbe für den Hessen Hans-Peter Willsch, Karl-Georg Wellmann aus Berlin-Zehlendorf, den Sachsen Manfred Kolbe und für den Münchner Peter Gauweiler. Auch die sächsische CDU-Abgeordnete Veronika Bellmann hat keiner Rettung zugestimmt. Die Betriebswir-

tin war immer der Meinung, dass Griechenland einen Schuldenschnitt brauche. Dass der unkalkulierbare Kettenreaktionen hervorrufen könnte, hält sie für „Schwarzmalerei“.

Schäffler sagt: „Es wird immer mit Angst argumentiert, ohne Fakten vorzulegen.“ Er steht zusammen mit Willsch auf dem Podium einer Tagung des Verbands der Familienunternehmer. Da gibt es viel Rückendeckung, viel Schulterklopfen: Bleiben Sie standhaft! Man huldigt ihnen als Dissidenten. „Ich will kein Dissident sein“, sagt Willsch. „Das klingt nach Archipel GULag.“ Leute wie ihn kann man nicht mehr umstimmen, man kann sie nur isolieren.

Neben den Dissidenten gibt es die Skeptiker. Die meisten von ihnen haben bei der ersten Griechenland-Rettung und der ersten EFSF im Mai 2010 noch mit Bauchschmerzen zugestimmt. Weil von einer „temporären Einrichtung“ die Rede gewesen sei, wie der CDU-Abgeordnete Thomas Dörfinger sagt. Jetzt wollen sie nicht mehr mittun. Weil es um einen dauerhaften Rettungsschirm geht. Weil sie Garantien in Höhe von zwei Dritteln des Bundeshaushalts für unverantwortlich halten. Weil es sie nicht beruhigt, wenn es im Gesetzentwurf heißt, dass der Garantiefall „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ nicht eintreten werde. Weil sie nicht an die Wirksamkeit der Rettungsschirme glauben. Viele von ihnen haben sich am Montag enthalten, auch der Vorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder. Sie sind noch nicht sicher, wie sie am Ende stimmen werden. Sie werden noch bearbeitet.

Heinz-Peter Hausteil ist schon weich geworden. Am Ende werde er zustimmen, sagte der FDP-Abgeordnete aus dem Erzgebirge, der sich am Montag noch enthalten hatte. Zwar hält er das Gesetz für

„grundsätzlich falsch“. Doch verhindern, sagt er, könne er es ohnehin nicht. Schließlich wird Rot-Grün für die nötige Mehrheit sorgen. Wenn nun die Koalition platzt, Rot-Grün an die Macht kommt und Eurobonds einführt – das wäre das Schlimmste, sagt Hausteil. „Wenn wir eisern so stimmen, wie wir denken, schaden wir uns selbst.“

Die Sache mit der Kanzlermehrheit wird jetzt gegen die gewendet, die man Abweichler nennt. Sagen wir: Andersdenkende. Sollte die Regierung keine eigene Mehrheit bekommen, so sagt man den Andersdenkenden, würde das die ohnehin nicht sehr erfolgreiche Koalition noch tiefer in die Krise treiben. Von Loyalität ist die Rede, von Kollegialität und Solidarität. Es geht gar nicht mehr um die Sache, um die Euro-Rettung, es geht um die Kanzlerin-Rettung. Die Andersdenkenden sagen, dass sie die Kanzlerin nicht stürzen wollen. Sie halten das Ganze nur für ein weiteres Horrorszenerario, das sie einschüchtern soll. „Das Grundgesetz gibt klar vor, bei welchen Abstimmungen die Kanzlermehrheit gebraucht wird. Hier nicht“, sagt der junge sächsische Abgeordnete Marco Wanderwitz. Schäffler sagt: „Das ist nur eine Methode, uns unter Druck zu setzen.“

Auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mittwoch wird gegen die Andersdenkenden ins Feld geführt: Karlsruhe habe doch die EFSF gebilligt und eine angemessene Beteiligung des Parlaments sei nun garantiert, heißt es. Wie könnten sie jetzt noch dagegen stimmen?

Und Europa: Alle Andersdenkenden sehen sich als überzeugte Europäer. Sie finden es nötig, das zu sagen. Denn das ist der Standardvorwurf: Antieuropäer. Das Totschlagargument, nennt es einer von ihnen, die „Pathos-Keule“: Scheitere der Euro, dann scheitere Europa, wie die Kanzlerin es am

Mittwoch in der Haushaltsdebatte ausdrückte.

Bei der Abstimmung im Juli hatten FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle und der Parteivorsitzende Philipp Rösler die Abgeordneten bis tief in die Nacht bearbeitet. Beichtstuhlgespräche nennt man das. Für die Abstimmung Ende September lässt man erst einmal „gruppenspezifische Prozesse“ wirken: Die Andersdenkenden werden geschnitten, man kündigt die Zusammenarbeit auf. Sie bekommen zu hören, sie wollten sich nur auf Kosten anderer profilieren. „In der Landesgruppe war er nicht da, aber beim Frühstücksfernsehen tritt er auf“, heißt es hinter ihrem Rücken. Kollegen werfen ihnen vor, dass sie sich im Wahlkreis unangenehmen Fragen ausgesetzt sähen. Sie stünden als Abgeordnete ohne Rückgrat da, ohne Gewissen, als Karrieristen. Und über den CDU-Abgeordneten Wolfgang Bosbach, der dem Innenausschuss vorsitzt, wird verbreitet, er sage nur Nein, weil er frustriert sei. Weil er nie Minister wurde. „Üble Nachrede“, sagt Bosbach. Karrierefördernd ist das Andersdenken nicht. Einem wurde schon bedeutet, dass der Posten als Obmann eines Ausschusses wohl nicht mehr die richtige Funktion für ihn sei.

Peter Gauweiler, der dienstälteste Dissident, darf zum Thema Euro nicht mehr für seine Partei im Bundestag sprechen. Ganze vier Minuten Redezeit hat man ihm in den vergangenen sechs Jahren gewährt. Aber man müsse aufpassen, sagt er, die Widerständigkeit könne auch zur Masche werden. Sein Ziel ist es, die Kanzlerin mit Argumenten zu überzeugen, dass es mit der Euro-Rettung so nicht klappen kann. Vielleicht wird sie ja am Ende ihre Meinung ändern. Es wäre nicht das erste Mal.

Übrigens: Professor Neumanns Euro-Stapel wäre 211 Kilometer hoch.